

Ressort: Reisen

Bahnchef für Initiative der Politik zur Entschädigung von DDR-Zwangsarbeitern

Berlin, 26.04.2016, 11:24 Uhr

GDN - Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube, hat sich für eine Initiative der Politik zur Entschädigung der Opfer von DDR-Zwangsarbeit ausgesprochen. "Das ist ein Thema, das kann nicht die Deutsche Bahn als Rechtsnachfolger der Reichsbahn alleine erledigen, sondern das ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das auf der politischen Ebene geklärt und weiter verfolgt werden muss", sagte Grube im Interview mit dem ARD-Politikmagazin "Report Mainz".

Der Bahnchef signalisierte die grundsätzliche Bereitschaft seines Konzerns zu Gesprächen über Entschädigung und zu einer Beteiligung an einem Runden Tisch. Die Deutsche Bahn hatte in der vergangenen Woche eine wissenschaftliche Studie zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge bei der DDR-Reichsbahn vorgestellt. Daraus geht hervor, dass Häftlinge in der DDR für die Reichsbahn unter haarsträubenden Bedingungen ausgebeutet wurden, um die Planvorgaben des SED-Regimes zu erfüllen. Über Jahrzehnte hinweg mussten der Studie zufolge Tausende Gefangene Zwangsarbeit leisten. Außerdem habe die Reichsbahn unter menschenunwürdigen Bedingungen Gefangene transportiert. Die Fahrten seien besonders demütigend und quälend gewesen. Grube erklärte, er habe das Thema nicht mit spitzen Fingern angefasst, sondern schnell zu seinem eigenen Thema gemacht. "Hier ist Unrecht geschehen, und über dieses Unrecht müssen wir reden, dieses Unrecht muss aufgearbeitet werden", betonte er. Der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, sprach sich im Interview mit "Report Mainz" ebenfalls für eine Initiative der Politik zur Entschädigung der Opfer von DDR-Zwangsarbeit aus. Nicht nur die Deutsche Bahn, sondern alle Unternehmen, die von der erzwungenen Arbeit politischer Häftlinge profitiert hätten, sollten einen Beitrag leisten. Die Bundesregierung solle hierbei eine Moderatorenrolle übernehmen. Dombrowski machte sich insbesondere für einen Härtefallfonds und für Gespräche an einem Runden Tisch stark: "Es müsste jetzt die Politik eingreifen, um die Unternehmen, die ja alle bekannt sind, die am innerdeutschen Handel auf der Grundlage von Zwangsarbeit von Häftlingen beteiligt waren, an einen Tisch zu holen und mit denen zu sprechen, wie man gemeinsam eine Lösung schaffen kann, die nicht ein Unternehmen sozusagen an den Pranger stellt, sondern alle zusammenlegen und sagen, wie können wir den noch lebenden Opfern helfen, insbesondere den Härtefällen." Dombrowski würdigte den Umgang der Deutschen Bahn mit diesem dunklen Kapitel der Konzerngeschichte als vorbildlich: "Ich finde, die Bahn geht sehr verantwortungsbewusst mit dem Thema Zwangsarbeit um. Ich bin nach der Präsentation der Expertise der Deutschen Bahn über die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn in der ehemaligen DDR sehr angenehm überrascht, weil ich den Eindruck hatte, dass nicht nur die Grundlagen gut recherchiert sind, sondern auch, dass der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Herr Grube, auch persönlich hinter den Dingen steht und auch erklärt hat, dass es mit dieser Buchvorstellung nicht sein Ende haben soll", sagte Dombrowski.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-71554/bahnchef-fuer-initiative-der-politik-zur-entschaedigung-von-ddr-zwangsarbeitern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com